



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

## Schulduzuweisungen bringen uns keinen Schritt weiter

**Nr. 067.16 / 12.02.2016**

Zur Diskussion über eine Berufsausbildungsgarantie sagt die berufsbildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Ines Strehlau**:

Die Zahlen im Übergangsbereich von der Schule in den Beruf sind zu hoch. Wenn ein Drittel aller SchülerInnen ihre berufliche Laufbahn in Übergangsmaßnahmen beginnen, stellt uns das nicht zufrieden.

Deshalb haben die Koalitionsfraktionen als einen wichtigen Baustein die Einrichtung von Jugendberufsagenturen auf den Weg gebracht. Das bedeutet individuelle Unterstützung der Jugendlichen vor Ort auf dem Weg in die Ausbildung und eine Zusammenarbeit von Schule, Agentur für Arbeit, Wirtschaft und Behörden. So wird gewährleistet, dass kein Jugendlicher auf dem Weg in den Beruf verloren geht.

Um die Situation zu verbessern, brauchen wir weitere Maßnahmen: Für uns Grüne ist die Bündelung der Kompetenzen der verschiedenen Ministerien in einem Schleswig-Holsteinischen Institut für berufliche Bildung (SHIBB) von zentraler Bedeutung. Auch dieses Instrument ist auf dem Weg. Nach einer Fachkonferenz des Bildungsministeriums mit vielen Beteiligten, wird jetzt die Umsetzung gutachterlich geprüft. Da das SHIBB bei Schulen, DGB und Wirtschaft auf viel Zustimmung stößt, bin ich sicher, dass es auch Rückendeckung aus der Politik dafür gibt.

Wir unterstützen ausdrücklich die Idee, jedem und jeder Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren. Sie entspricht dem Grünen Konzept der Ausbildungsgarantie. Wir brauchen keinen Maßnahmenchunzel, sondern ein aufeinander aufbauendes und qualifizierendes System von der Schule in den Beruf.

Für die Umsetzung braucht es die Wirtschaft. Die Betriebe müssen im Boot sein, um ausreichend Ausbildungsplätze und Praktika anzubieten und auch, um Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf eine Chance zu geben. Viele Betriebe tun dies bereits, um ihren Fachkräftbedarf zu sichern. Die Kammern brauchen wir, um in der Schule erworbene Kenntnisse auf die Ausbildung anzurechnen.

Es wird nur gemeinsam mit Politik und Wirtschaft gelingen, mehr Jugendliche direkt nach der Schule in Ausbildung zu bringen. Schuldzuweisungen à la FDP bringen uns keinen Schritt weiter.

\*\*\*